

# Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Unterbezirk Dresden

**Titel:** Klimaschutz und Folgen des Braunkohleaustieges

## Votum der Antragskommission

Debatte

Antrag ist möglicherweise mit Annahme M01 erledigt.

## Antragstext

1 **Grundsätze zum Klimaschutz und den Folgen des Braunkohleausstiegs**

2 **Präambel**

3 Ohne Gerechtigkeit ist kein Frieden, ohne Frieden kein Klimaschutz, ohne  
4 Klimaschutz kein Frieden und ohne Frieden keine Gerechtigkeit möglich.

- 5 • Die SPD betrachtet den Klimaschutz als vordringlichste globale Aufgabe der  
6 Menschheit.
- 7 • Die SPD setzt sich für die wirksame, verursacher\*innengerechte und  
8 konsumfokussierte Bepreisung von Treibhausgas- Emissionen ein
- 9 • Die SPD strebt einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung  
10 an.

- 11 • Die SPD setzt sich für eine vollständige erneuerbare Energieversorgung im  
12 europäischen Kontext ein.
- 13 • Die SPD tritt für eine dezentrale Energieversorgung ein.

#### 14 **Der menschengemachte Klimawandel zwingt die Industrienationen zum Handeln**

15 Die Veränderungen des globalen Klimas sind evident. Der Einfluss menschlichen  
16 Handelns insbesondere durch den steigenden Ausstoß von Treibhausgasen seit der  
17 Industrialisierung bis heute ist unbestreitbar. Auf absehbare Zeit kann der  
18 vorindustrielle Zustand jedoch nicht wiederhergestellt werden. Die Auswirkungen  
19 des Klimawandels auf unsere Umwelt sind deshalb nicht mehr zu verhindern.  
20 Derzeit beschleunigt sich der Klimawandel. Die Lebensbedingungen verändern sich  
21 deshalb dramatisch, negative Folgewirkungen nehmen zu. So verursacht der Betrieb  
22 des Braunkohle-Kraftwerkes Jänschwalde jährlich Schäden für Gesundheit und  
23 Umwelt von rund 2 Mrd. Euro, Boxberg immerhin noch 1 Mrd. Euro. In einigen  
24 Regionen der Welt steht der Fortbestand menschlicher Zivilisation auf dem Spiel.  
25 Wenn der Mensch durch die Anreicherung der Atmosphäre mit Treibhausgasen diese  
26 verursacht, hat er es auch in der Hand sie zu bremsen und aufzuhalten. Den  
27 Industrienationen kommt dabei die größte Verantwortung zu. Sie haben die  
28 Atmosphäre bereits mit Klimagasen angereichert und gehören aktuell auch zu den  
29 Ländern mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen von CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (CO<sub>2</sub>Äq.). So  
30 lag Deutschland 2017 mit einem Ausstoß von rund 11 tCO<sub>2</sub>Äq./Jahr pro Kopf  
31 deutlich über dem EU-Durchschnitt (8,4 tCO<sub>2</sub>Äq./Jahr) und mehr als doppelt über  
32 dem globalen Durchschnitt (5 tCO<sub>2</sub>Äq./Jahr). Die negativen Auswirkungen des  
33 Klimawandels zwingen zum Handeln.

#### 34 **Klimaschutz & Gerechtigkeit**

35 Unter dem Begriff des Klimaschutzes werden alle Maßnahmen zusammengefasst, die  
36 den menschlichen Einfluss auf das Klima und somit die negativen Auswirkungen  
37 verringern. Der Klimaschutz ist in seiner Komplexität und Allumfassendheit die  
38 wohl vordringlichste Aufgabe der Menschheit. So fallen mittelbar auch sämtliche  
39 pazifistischen und gerechtigkeitsorientierten Bemühungen darunter. Es ist also  
40 nur gerecht, dass Industrienationen beim Klimaschutz vorangehen.

41 Unsere Lebensweise in Mitteleuropa strahlt in andere Regionen aus, teilweise  
42 auch in Regionen, denen unsere Lebensweise als erstrebenswert und vorbildlich  
43 gilt. Wenn es gelingt, dass Deutschland oder Europa trotz oder gerade wegen  
44 klimaschützender Maßnahmen weiter wirtschaftlich erfolgreich und lebenswert  
45 bleiben, strahlt das auch in andere Regionen aus und dient als Ansporn, selbst  
46 aktiv zu werden. Andererseits ist nachgewiesen, dass mit steigenden

47 Haushaltseinkommen auch die klimaschädlichen Emissionen steigen. Klimaschutz  
48 bietet somit große Chancen auch für mehr Gerechtigkeit und eine friedliche Welt  
49 zu sorgen.

50 *Die wirksame Verknüpfung des Klimaschutzes mit dem Solidaritätsgedanken ist ein*  
51 *zentrales Anliegen unserer Partei.*

52 Ein effektiver Klimaschutz ist nur mit einem Gesamtkonzept insbesondere für den  
53 Energiesektor möglich, das auch konsequent umgesetzt wird. Dieses Konzept muss  
54 auf allen Gebieten vorsehen, dass bestehende staatliche Steuerungsinstrumente  
55 hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Klima untersucht und im Sinne des  
56 Klimaschutzes korrigiert, gegebenenfalls abgeschafft oder umgekehrt werden. Zu  
57 einem sozial gerechten Klimaschutzkonzept gehören insbesondere:

- 58 1. Bepreisung von Treibhausgasemissionen (Verursacherprinzip)
- 59 2. schrittweise, aber konsequente Abkehr von fossilen Energieträgern
- 60 3. Ausbau erneuerbarer Energien
- 61 4. Energiespeicherung
- 62 5. Energieverteilung
- 63 6. Energieeinsparung & -effizienz
- 64 7. Ausschöpfung der Klimaschutz-Potenziale in Forst- und Landwirtschaft
- 65 8. Vermeidung, Kompensation bzw. Nutzung prozessbedingter Treibhausgas-  
66 Emissionen
- 67 9. Kommunikation und persönliches Verantwortungsbewusstsein

#### 68 1. Bepreisung von Treibhausgasemissionen

69 Das wirksamste Element eines Klimaschutzkonzeptes ist die ausreichend hohe  
70 Bepreisung bzw. die generelle Besteuerung der Emission von Treibhausgasen. Die  
71 steuerliche Lenkungswirkung soll über sozial ausgleichende Rückzahlungen an die  
72 Bevölkerung zu einer Umverteilung von oben nach unten sorgen.

73 *Wir treten für eine wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen ein (CO2-*  
74 *Steuer). Die Einnahmen sollen direkt dazu verwendet werden, einkommensschwächere*  
75 *Haushalte finanziell zu unterstützen.*

## 76 2. Abkehr von fossilen Energieträgern, insbesondere Kohle

77 Keine umweltpolitische Maßnahme polarisiert so sehr wie der Ausstieg aus der  
78 Kohleverstromung. Als SPD im Freistaat Sachsen liegt unser Fokus bei diesem  
79 Thema besonders auf den ostdeutschen Kohleabbaugebieten. Notwendig ist der  
80 Ausstieg aus mehreren Gründen.

81 Braunkohleabbau erzeugt in den Abbauregionen:

- 82 • gravierende Landschaftsschäden (Verlust intakter Naturräume,  
83 Grundwasserabsenkungen, Verlust von landwirtschaftlicher und forstlicher  
84 Nutzfläche) die nur mit viel Aufwand und auch nicht immer ausgeglichen  
85 bzw. rückgängig gemacht werden können,
- 86 • das Ende alter Gemeinden, gewachsener sozialer Strukturen und  
87 kulturhistorischer Stätten und Denkmäler,
- 88 • Ausstoß von Feinstaub und CO2 durch den Abbaubetrieb selbst.
- 89 • Emissionen von CO2, SO2, Stickoxiden, Schwermetallen etc. durch die  
90 Verbrennung und Verstromung

91 Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (sog.  
92 Kohlekommission) empfiehlt spätestens bis zum Jahr 2038 aus der Kohleverstromung  
93 ausgestiegen zu sein. Nach dem Pariser Klimaschutzvertrag von 2015 wäre sogar  
94 ein weltweiter Kohleausstieg bis 2030 notwendig. Zu erstreben bleibt deshalb ein  
95 Ausstieg zu einem früheren Zeitpunkt. Der einzig legitime Grund, den  
96 Braunkohleabbau nicht sofort zu beenden, sind die sozialen Folgen für die  
97 Region. Durch den Verlust von Arbeitsplätzen und den Mangel an alternativen  
98 Arbeitgeber\*innen, drohen Armut und letztlich ein Ausbluten der Region. Für eine  
99 nachhaltige wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Region sind die  
100 Förderung von Unternehmensansiedelungen und wohlgesetzte Subventionen im Rahmen  
101 einer landesplanerischen Stärkung zentraler Orte ("Schrumpfungsplan")  
102 unabdingbar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Ausbau der erneuerbaren  
103 Energien auch in den Ausstiegsregionen zu neuen Arbeitsplätzen führen kann.

104 *Wir treten dafür ein, den Strukturwandel in den ostdeutschen Kohleregionen*

105 *sozial gerecht und konsequent so zu gestalten, dass der Abschluss des*  
106 *Kohleausstiegs möglichst schon vor 2038 gelingen kann. Der ostdeutsche*  
107 *Kohleausstieg darf dabei nicht durch Kohlestromimporte, z.B. aus Polen*  
108 *kompensiert werden.*

### 109 3. Ausbau erneuerbarer Energien

110 Die Abkehr von fossilen Energieträgern erfordert den Ausbau erneuerbarer  
111 Energien, da alternative Technologien entweder unkalkulierbare Risiken und  
112 Folgekosten bergen (z.B. Kernkraft) oder bisher und in den nächsten Jahrzehnten  
113 noch keine Praxisreife absehbar ist (z.B. Kernfusion). Dagegen ist die  
114 Energiegewinnung aus Windkraft, Photovoltaik, Solarthermie, Wasser und Biomasse  
115 (insbesondere Holz in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung) praxisreif. Bei der  
116 Bewertung der CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenziale ist der gesamte Lebenszyklus  
117 (Produktion, Transport, Anlagenbau &-Betrieb, Rückbau) von auf erneuerbaren  
118 Energien beruhenden Systemen einzubeziehen.

119 *Wir treten dafür ein, dass alle erneuerbaren Energien genutzt werden, die einen*  
120 *hohen Grad an CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzialen bieten. Auch möglicherweise negative*  
121 *Auswirkungen auf die Umwelt sind zu bewerten, transparent zu machen und*  
122 *angemessen beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu berücksichtigen.*

### 123 4. Energiespeicherung

124 *Wir treten dafür ein, dass hinsichtlich der Speicherung von elektrischer Energie*  
125 *neben Batterien auch andere vielversprechende Technologien, v.a. die*  
126 *Wasserstoffzellentechnologie gefördert werden.*

### 127 5. Energieverteilung

128 *Wir treten für die Ausschöpfung der Potenziale von dezentraler Energiegewinnung*  
129 *ein. Diese Form der Energiegewinnung schafft Arbeitsplätze, fördert bis zu einem*  
130 *gewissen Grad Unabhängigkeit und eignet sich auch besonders für*  
131 *genossenschaftliche Formen der Energieerzeugung. Für die großindustrielle*  
132 *Erzeugung von erneuerbarer Energie und die Deckung des Energiebedarfs von*  
133 *Großabnehmern ist die Verteilung (über Stromnetze) mindestens im europäischen*  
134 *Maßstab zu denken.*

### 135 6. Energieeinsparung & -effizienz

136 *Wir treten dafür ein, dass Energieeinsparung und Energieeffizienz in allen*

137 *Produktionsprozessen und Lebensbereichen ein Leitmotiv werden.*

## 138 7. Ausschöpfung der Klimaschutz-Potenziale in Forst- und Landwirtschaft

139 Die Primärproduktion von Nahrungsmitteln, nachwachsenden Rohstoffen und Biomasse  
140 für die Energiegewinnung findet überwiegend in ländlichen Regionen statt. In  
141 Sachsen werden dafür rund 80 % der Bodenfläche genutzt. Land- und  
142 Forstwirtschaft haben deshalb für den Ausstoß von Treibhausgasen im  
143 Produktionsprozess aber auch für die Speicherpotenziale in verschiedenen  
144 Landnutzungssystemen eine sehr große Bedeutung. Durch die Förderung regionaler  
145 Wirtschaftskreisläufe im Primärsektor, dem verarbeitenden Gewerbe und auch  
146 regionaler Energiegewinnung werden durch den Ferntransport entstehende  
147 Emissionen verringert. Außerdem sorgt die wirtschaftliche Tätigkeit im  
148 Primärsektor für Einkommen und sinnstiftende Tätigkeit und ist damit ein  
149 entscheidender Schlüssel zur Stärkung des ländlichen Raums.

150 *Wir treten dafür ein, die Klimaschutzpotenziale der Land- und Forstwirtschaft*  
151 *auszuschöpfen und mit der Stärkung des ländlichen Raums zu verknüpfen.*

## 152 8. Vermeidung, Kompensation bzw. Nutzung prozessbedingter Treibhausgas- 153 Emissionen

154 Nicht nur im energetischen Sektor fallen Treibhausgas-Emissionen an. Gerade im  
155 Industrie- und Bau-Sektor fallen prozessbedingte Emissionen an. Diese müssen  
156 einerseits durch neue Prozesse vermieden oder andererseits kompensiert,  
157 nachgenutzt bzw. abgeschieden werden.

158 Entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind zu schaffen.

## 159 9. Kommunikation

160 Die alle Bereiche umfassende Besteuerung der Treibhausgasemissionen kann  
161 Transparenz und somit ein Bewusstsein in der Bevölkerung über die persönliche  
162 Verantwortung der Einzelnen sowie der Industrie schaffen, dies schließt den  
163 verantwortungsvollen Umgang mit sonstigen Ressourcen ein. Ohne dieses  
164 Bewusstsein läuft auch die klügste Klimapolitik ins Leere. Die dafür nötige  
165 Informationsgrundlage soll sich neben der Besteuerung auch aus einer effektiven  
166 Aufklärung und Produkttransparenz bilden.

167 *Wir treten für die stärkere Kommunikation und Aufklärung zu Klimaschutzmaßnahmen*  
168 *ein. Dabei ist in den Vordergrund zu rücken, dass Klimaschutz zum Erhalt oder*

169 *gar der Steigerung der Lebensqualität beiträgt und in vielen Bereichen für mehr*  
170 *Gerechtigkeit sorgt.*